Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 27. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 26.02.2024

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

8. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 mit Stellenplan

8.1 Mittel für das Projekt "Standortmarketing" der pro Wirtschaft GT GmbH in den Haushaltsjahren 2024 bis 2026
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2024 - DS-Nr.: 6152 -
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.02.2024 – DS-Nr.: 6152/1

Die CDU-Fraktion begründete ihren Antrag in der Form, dass die bisherigen Maßnahmen der prowi zum Standortmarketing erfolgreich gewesen und Werbemaßnahmen nur bei Verstetigung langfristig wirksam seien. Bei der bisherigen Planung sei lediglich ein Restbeitrag von 50.000 € für den Haushalt 2024 eingeplant, danach nichts mehr. Mit den im Antrag für drei Haushaltsjahre bezifferten Summen könne nachhaltiger geplant werden.

Die SPD-Fraktion bezog sich auf ihren Antrag und erklärte, dass zunächst eine Beratung in der Gesellschafterversammlung sinnvoller sei. Vor dem Hintergrund knapper kommunaler Kassen und der Diskussion um freiwillige und steuerbare Leistungen könne dort mit den kreisangehörigen Städten und Kommunen geklärt werden, ob diese das Projekt mittrügen. Danach könne weiterhin über die neue strategische Ausrichtung diskutiert werden. Eine erneute Diskussion sei dann für das Haushaltsjahr 2025 ausreichend.

Frau Weber, Geschäftsführerin der pro Wirtschaft GT GmbH, entgegnete, dass der Kreis Gütersloh als Mehrheitsgesellschafter der pro Wirtschaft GT GmbH berechtigt sei, Themen in der Gesellschafterversammlung zu setzen. Laut Satzung hätten die Vertreter eines Gesellschafters mit einer Stimme abzustimmen. Daher habe es sich bewährt, dass sich zunächst in den Fachausschüssen des Kreistages eine Meinung des Kreises Gütersloh als Gesellschafter herausbilde, welche anschließend in die Gesellschafterversammlung gegeben werde. Eine Beratung zunächst in der Gesellschafterversammlung stelle sie sich schwierig vor, da daraufhin das Thema erneut in den Gremien des Kreises beraten werden müsse, was den Prozess verlangsame. Sie verdeutlichte jedoch, dass alle Themen der Gesellschafterversammlung mit allen Beteiligten ausführlich besprochen würden, um Bedenken auszuräumen und eine einheitliche Meinungsbildung herbeizuführen.

Frau Niehaus, Geschäftsführerin der pro Wirtschaft GT GmbH, unterstrich den Auftrag des Standortmarketings, den Standort Kreis Gütersloh als guten Ort zum Leben und Arbeiten zu vermarkten. Strategische Überlegungen wie die Zielgruppe oder mögliche Partneragenturen würden, nach Festlegung des Budgetrahmens, stets mit den Gesellschaftern diskutiert.

Die GRÜNE-Fraktion erklärte, dem Antrag zustimmen zu wollen. Sie erachte es als wichtig, das Standortmarketing verlässlich mit finanziellen Mitteln auszustatten. Dies sei auch von Nutzen für die kreisangehörigen Kommunen.

Die SPD-Fraktion erinnerte daran, dass drei kreisangehörige Kommunen kritische Stellungnahmen zum Haushalt abgegeben und aus unterschiedlichen Fraktionen Anträge vorlägen, freiwillige Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Sie erachte es vor diesem Hintergrund als wichtig, die Städte und Gemeinden von Beginn an einzubeziehen.

Die CDU-Fraktion erwiderte, dass es sich um ein etabliertes Projekt der prowi handle, sodass es keiner inhaltlichen Überzeugung der weiteren Gesellschafter bedürfe. Als unabhängiges Gremium müsse der Kreistag nicht in allen Angelegenheiten Rücksprache mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden halten. Mit der Möglichkeit, Stellungnahmen zum Haushalt einzureichen, existiere ein geeignetes Instrument, um seitens der Kommunen Einfluss auf die Haushaltsdiskussion auf Kreisebene zu nehmen. Des Weiteren wolle die prowi bei diesem Projekt handlungsfähig bleiben, sodass ein weiteres Aufschieben ins kommende Haushaltsjahr ungünstig wäre.

Die FDP-Fraktion gab der CDU-Fraktion dahingehend Recht, dass die Kommunen des Kreises nicht in jeder Angelegenheit direkt zu beteiligen seien. In diesem Fall existiere jedoch mit der Gesellschafterversammlung ein Gremium, in dem diese adäquat beteiligt werden könnten, sodass sie dem Antrag der SPD-Fraktion argumentativ folgen könne. Bezüglich des Antrags der CDU-Fraktion sei das Argument, der prowi für mehrere Jahre Planungssicherheit zu geben, nachvollziehbar. Jedoch wolle sie sich nicht für die kommenden Haushaltsjahre festlegen. Deshalb beantrage sie beim Antrag der CDU-Fraktion eine getrennte Abstimmung über das Haushaltsjahr 2024 sowie über die Haushaltsjahre 2025 und 2026.

Die SPD-Fraktion erinnerte an eine Aussage von Frau Niehaus in der letzten Sitzung des Kreisausschusses, dass eine getrennte Abstimmung aufgrund der für das Jahr 2024 bereits verplanten Mittel nicht zielführend sei und eine ganzheitliche Betrachtung Sinn ergebe. Sie plädierte weiterhin für eine Evaluation des Standortmarketings, dessen Ergebnisse in der Gesellschafterversammlung präsentiert werden könnten. Dies könne auch bei der Entwicklung der zukünftigen strategischen Ausrichtung hilfreich sein. Da die prowi eine gemeinsame Gesellschaft des Kreises und der Kommunen sei, müsse eine entsprechende Beteiligung erfolgen. Da deren Stellungnahmen sich jedoch auf den Gesamthaushalt bezögen, nicht jedoch auf die dazugehörigen Anträge, hätten die Kommunen bislang noch keine Einflussmöglichkeit gehabt, da die entsprechenden Mittel im ursprünglichen Haushaltsentwurf noch nicht enthalten gewesen seien. Daher wiederholte sie die Forderung, die Angelegenheit gemeinsam mit den Vertretern der Kommunen in der Gesellschafterversammlung zu beraten.

Die FWG-UWG-Fraktion sprach sich wie die FDP-Fraktion für eine getrennte Abstimmung aus.

Nach kurzer weiterer Diskussion ließ der Landrat entsprechend dem Antrag der FDP-Fraktion über die im weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion beantragten Mittel für das Haushaltsjahr 2024 einerseits und die Mittel für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 andererseits getrennt abstimmen.

- Abstimmung über die Bereitstellung von 20.000 € für das Haushaltsjahr 2024

  Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

- Abstimmung über die Bereitstellung der Mittel von je 70.000 € für die Jahre 2025 und 2026

  Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss verabschiedete somit folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der pro Wirtschaft GT GmbH werden für das Projekt „Standortmarketing“ für das Haushaltsjahr 2024 zusätzlich 20.000 € und für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 jeweils 70.000 € zur Verfügung gestellt.

Der Landrat hielt fest, dass über den Antrag der SPD-Fraktion somit nicht mehr abzustimmen sei.